

Johannes Ude und die Amtskirche: Chronologie und Analyse eines Konflikts

Von Reinhard Farkas

Von Konformität zum Dissens: Die Konfliktgeschichte bis 1925



Abb. 1: Johannes Ude (1934). (LMJ, Bild- und Tonarchiv)

Seit 1894 zum Nichtraucher, seit 1907 zum Vegetarier und seit 1910 – im Resultat sozialfürsorgerischer Aktivitäten des *Vinzenzvereins* – zum Abstinenzler geworden,¹ erscheint der Theologe und Lebensreformer Univ.-Prof. DDDDr. Johannes Ude (1874–1965), als herausragender, in ethischen Fragen jedoch besonders rigoroser katholischer Repräsentant des österreichischen Lebensreformmilieus. Sein Engagement war zunächst schwerpunktmäßig von der Abstinenz- und Sittlichkeitsthematik bestimmt, verlagerte sich Mitte der zwanziger Jahre zunehmend auf antikapitalistisch unterlegte sozioökonomische Alternativprogramme (Geldreform, Siedlungsbewegung etc.) und wurde schließlich im Verlauf der Ausein-

andersetzung mit Militarismus, Faschismen und Zweitem Weltkrieg zunehmend von der Friedens- und Abrüstungsthematik bestimmt²; Bemü-

¹ Vgl. JOHANNES FISCHL, Johannes Ude – ein Stoiker unserer Tage. In: *Reformer-Zeitung* 8, 122 (1969), 5–10, 5; MAXIMILIAN LIEBMANN, Prof. Ude, sein Leben und sein Wirken. Vortrag in Bad Aussee vom 6. Juli 1980. Typoskript der Ude-Friedensgemeinschaft, Wien. Sammlung des Verfassers, Graz, 4.

² Vgl. zuletzt REINHARD FARKAS, Johannes Ude als christlicher Vorläufer der Friedensbewegung. In: *Wiener Blätter für Friedensforschung* (1997), 31–41.

hungen um die Gesundheits- und Ernährungsreform (mit vorrangiger Beachtung des Vegetarismus) einen ethischen Tierschutz bildeten durchgängige Begleitkonstanten.

Udes geistliche Laufbahn verlief zunächst mustergültig und ist von einem breiten wissenschaftlichen Engagement gekennzeichnet. Ude betrieb sieben Jahre philosophische und theologische Studien an der *Universitas Gregoriana* in Rom, wo er 1900 zum Priester geweiht wurde (Dr. phil. 1897, Dr. theol. 1891). Nach einem einjährigen Intermezzo als Kaplan in Fernitz bei Graz und seiner Tätigkeit als Präfekt im bischöflichen Knabenseminar habilitierte sich Ude 1905 als Privatdozent für aristotelisch-thomistische Philosophie und spekulative Dogmatik an der Grazer Karl-Franzens-Universität. 1907 kam zum zweifachen Doktorgrad nach Abschluß zoologischer und botanischer Studien ein drittes Doktorat, 1924 ein viertes für Nationalökonomie. 1910 wurde Ude zum außerordentlichen, 1917 zum ordentlichen Professor ernannt und fungierte während zweier Perioden auch als Dekan der Theologischen Fakultät.

Damals von Alldeutschen und Sozialdemokraten gleichermaßen distanziert, verblieb Ude in der vorrepublikanischen Periode im Rahmen des katholisch-christlichsozialen Milieus. Doch führten einerseits der lebensreformerische Impetus, andererseits sein Fundamentalismus und Rigorismus ab 1916 zum verschärften Konflikt sowohl mit dem Kurs der Christlichsozialen als auch mit der mit diesem – im Zuge des Politischen Katholizismus der zwanziger und dreißiger Jahre – korrespondierenden Politik der Amtskirche. Die besondere Relevanz dieser Konfrontation belegt eine Äußerung des Fürstbischofs Ferdinand Stanislaus Pawlikowski gegenüber dem, mit Ude sympathisierenden, greisen St. Pöltener Bischof Michael Memelauer aus dem Jahre 1930: „Seit 15 Jahren gibt er dem Ordinariate zu



Abb. 2: Fürstbischof Ferdinand Stanislaus Pawlikowski. (LMJ, Bild- und Tonarchiv)

schaffen. Kein Geistlicher wurde so oft gemahnt wie er und über keinen Diözesan-Geistlichen ist ein derartiger [!] Aktenbündel im Archiv als über ihn.⁴

Die bis zum Beginn der zwanziger Jahre andauernde Akzeptanz Udes im katholisch-christlichsozialen Milieu geht auf mehrere Ursachen zurück. *Erstens* stach Udes außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit im katholischen Spektrum der Lebensreformbewegung – etwa beim Aufbau der Abstinentenorganisation *Katholisches Kreuzbündnis* – hervor. *Zweitens* unterstützte der Gelehrte die politische und ideologische Funktion des Katholizismus als eines überstaatlichen und transnationalen sozialen Ordnungsfaktors.⁴

Drittens bildeten die Unerschrockenheit und der Rigorismus des Theologen ebenso wie seine multidisziplinäre Ausbildung unersetzliche Hilfen für die Auseinandersetzung mit nationalliberalen Hegemonieansprüchen, insbesondere im akademischen Feld. Wie die Krawalle anlässlich der Promotion des damaligen Privatdozenten für spekulative Dogmatik zum *Doctor rerum naturalium* im Jahre 1907 belegen,⁵ nahm Ude zeitweise eine „Winkelried“-Funktion im Kampf gegen die freisinnige Majorität der Karl-Franzens-Universität ein. Im folgenden Jahrzehnt wandte sich der Theologe scharf gegen den in den Naturwissenschaften aufkommenden Szientismus, Evolutionismus und Agnostizismus. So verteidigte er in seinen Vorlesungen, Broschüren und Aufsätzen im katholischen *Grazer Volksblatt* die Übereinstimmung der teleologischen Auffassung mit der modernen Naturwissenschaft, wandte sich gegen modernistische und monistische Tendenzen und grenzte sich von der monophyletischen Auffassung der darwinistischen Evolutionslehren ab.⁶

⁴ Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Brief an Bischof Michael Memelauer, St. Pölten (3. Feb. 1930). Diözesanarchiv Graz [folgend zitiert als: DAG], Personalakt Ude.

⁵ Vgl. etwa JOHANNES UDES Plädoyer für eine kirchliche Orientierung christlicher Kunst: Christliche Kunst. Zur III. Ausstellung der Gesellschaft für christliche Kunst im Domkreuzgang zu Regensburg. In: Reichspost. Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Österreich-Ungarns (27. Sept. 1904), 1f. und seine Unterstützung für die transnationale Organisation der Donaumonarchie: Volk in Not! Ein offenes Wort gegen die nationale Verhetzung und gegen die Kriegshetzer (Graz 1918), hier 20.

⁶ Vgl. JOHANNES UDE, Zu meinem vollendeten sechzigsten Lebensjahr. Erinnerungen aus meinem Leben (1934). Typoskript, Sammlung Univ.-Prof. Dr. Anton Kolb, Graz [folgend: SK], 18ff.

⁶ Vgl. an theologischen Schriften: JOHANNES UDE, Monistische oder teleologische Weltanschauung? Vorlesungen geh. für Hörer aller Fakultäten an der k. k. Karl-Franzens-Universität in Graz (Graz 1907); DERS., Der Darwinismus und sein Einfluß auf das moderne Geistesleben (Graz 1909) (auch ital.: Il Darwinismo e la vita intellettuale odierna. Rom 1912); DERS., Können wir Monisten sein? Fünf Vorträge (München

Dennoch entging Ude 1919 ein zunächst angebotener Listenplatz auf der christlichsozialen Parlamentsliste – formal, weil er auf Ablehnung des Klubzwangs bestand und von der Parteileitung die Zusicherung freier Meinungsäußerung forderte.⁷ Inhaltlich waren es Meinungsunterschiede in der Sittlichkeits-, Prostitutions- und Abstinenzfrage, die auch über Udes 1917 begründeten Verein *Österreichs Völkerwacht* zutage traten, den der Theologe zur Durchsetzung seines radikalen Kurses im katholisch-christlich-sozialen Segment instrumentalisierte.⁸

Udes in kirchlichen Kreisen auf Widerhall stoßender ethischer Rigorismus, der sich zunehmend gegen Aspekte der christlichsozialen Politik wandte, hatte neben den pflichtgemäß erstatteten Berichten⁹ Zensurversuche von Reden und Aufsätzen, aber auch brutale Diffamierungen zur Folge. Der Wiener Kardinal Piffl schreckte nicht davor zurück, gegenüber einer Delegation des Vereins *Österreichs Völkerwacht* dem Theologen wegen der Thematisierung sexualethischer Probleme eine sadistische Disposition zu unterstellen; darauf unterzog sich dieser beim Grazer Psychiater Univ.-Prof. Dr. di Gaspero einer psychiatrischen Untersuchung, welche die Absurdität dieser Anwürfe festhielt.¹⁰ Nachdem Ude die prominente Abgeordnete und Sozialpolitikerin Olga Rudel-Zynek attackiert hatte, weil diese nicht gegen die Prostitution aufgetreten sei, verließ am 21. Mai 1921 die

1913); DERS., Kann der Mensch vom Tiere abstammen? (Graz 1914, 2. verb. Aufl. Graz 1926); DERS., Kirche und Wissenschaft (Mergentheim 1916) (= Katholische Lehr- und Wehrschriften 20/21); DERS., Der metaphysische Beweis für die Unmöglichkeit der Tierabstammung des Menschenleibes. Ein Beitrag zum Deszendenzproblem (München 1917) (= Natur und Kultur 10). In der katholischen Tagespresse erschienen folgende zentrale Beiträge des Theologen: JOHANNES UDE, Ist der Katholizismus ein Hindernis für freie wissenschaftliche Forschung? Ein Wort zur Beherzigung für ehrlich Denkende. In: Grazer Volksblatt (9. Nov. 1907), 1f.; DERS., Deszendenzlehre und Paläontologie. In: Grazer Volksblatt (9. Feb. 1910), 1–3; DERS., Die Wahrheit im Galilei-Prozesse. In: Grazer Volksblatt (3. Mai 1910), 1f. Zu dieser Problematik vgl. auch FRIEDRICH RINNHOFER, Grazer Theologische Fakultät vom Studienjahr 1827/28 bis 1938/39. Das literarische Schaffen aller Lehrenden und die Entwicklung der einzelnen Disziplinen. 2 Bde (Graz 1991) (= Dissertationen der Karl-Franzens-Universität Graz 82), Bd. 1, 285ff.

⁷ Vgl. MAXIMILIAN LIEBMANN, DDDDr. Johannes Ude (1874–1965) – Prophet oder Querulant? In: Karl-Franzens-Universität Graz. Fünfjahr-Buch 3, 64–71, 66.

⁸ So wandte sich Ude mit der Bitte an Bischof Schuster, Anzeigen des *Orpheums* im katholischen *Grazer Volksblatt* zu untersagen: Brief an Leopold Schuster (16. Jan. 1918). DAG, Personalakt Ude.

⁹ Vgl. Johannes Ude, Brief an Leopold Schuster (26. Dez. 1920). DAG, Personalakt Ude.

¹⁰ Vgl. UDE, Lebensjahr (wie Anm. 5), 70ff.

einflußreiche *Katholische Frauenorganisation* die *Völkerwacht*, und es setzte eine scharfe Rüge seitens des Bischofs Leopold Schuster.¹¹ Daß Ude die Flucht nach vorne antrat und die Bischofskonferenz aufforderte, verstärkt gegen die Prostitution zu agieren, war angesichts des hohen Eskalationsgrades dieses Konfliktes zum Scheitern verurteilt.¹²

Diese Auseinandersetzungen auf österreichischer Ebene minderten die positive Einstellung des Vatikans zu Udes unermüdlicher Aktivität vorerst keineswegs. So wurde der Theologe am 6. November 1921 anlässlich eines internationalen Kongresses der *Fédération Abolitionniste Internationale* für sein Engagement durch eine Privataudienz bei Papst Benedikt XV. geehrt; dieser nahm seine Broschürensammlung *Für Volkssittlichkeit und Volksaufklärung* wohlwollend entgegen und ließ der *Völkerwacht* 10.000 Lire zukommen.¹³ Ein Schreiben des vatikanischen Staatssekretariats unterstützte ausdrücklich Udes Bemühungen: „Angesichts der uferlosen Ausbreitung der Unsittlichkeit, wodurch die moderne Gesellschaft die göttlichen Vorschriften christlicher Moral vergißt und sich daher wiederum auf dem Wege zur schändlichen Verderbtheit des Heidentums befindet, gereicht es dem Vaterherzen Sr. Heiligkeit zum Troste wahrzunehmen, wie von verschiedenen Seiten die Katholiken weitschauend Vorkehrungen treffen, um so großem Übel Widerstand zu leisten.“¹⁴

In den folgenden Jahren brachte Ude seine Lebensreformkonzeptionen und Projekte verstärkt in die tagespolitische Debatte ein. Daß sich Ude auf seinen bisweilen von tausenden Besuchern bejubelten Auftritten radikal gegen sämtliche Parteien wandte,¹⁵ brachte ihn in Konflikt mit dem Politischen Katholizismus. Am 30. Dezember 1925 wurde der Theologe schließlich durch das Ordinariat vorgeladen und in der Folge angewiesen, „aufrei-

¹¹ Vgl. Katholische Frauenorganisation (Paula Morrey), Brief an Leopold Schuster (21. Mai 1921). DAG, Personalakt Ude; BEATRIX LENZ, Beiträge zur Sexualität in der Zwischenkriegszeit von 1918 bis 1934. Diss. Graz 1992, 32. Zur katholischen Frauenbewegung und zur Person Olga Rudel-Zyneks vgl. GABRIELLA HAUCH, Frauenbewegungen – Frauen in der Politik. In: EMMERICH TÁLOS u. a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995), 277–291, 281f.

¹² Vgl. Österreichische Bischofskonferenz, Brief an Johannes Ude (23. Nov. 1921). DAG, Personalakt Ude.

¹³ Vgl. FISCHL (wie Anm. 1), 7.

¹⁴ Vatikan/Segretaria di stato, Brief an Johannes Ude (8. Dez. 1921) Masch. Abschrift. DAG, Personalakt Ude.

¹⁵ Vgl. JOHANNES UDE, Prof. Ude bei den Frontkämpfern. Programmathe Erklärung des Wirtschaftsvereins für Österreich (Graz 1926) (= Zeitschrift für Volkssittlichkeit und Volksaufklärung 1, 5), 9, 19.

zende“ Reden zu unterlassen sowie die Ausgaben des Vereinsorgans *Völkerwacht* vor der Drucklegung der bischöflichen Zensurbehörde vorzulegen; seine Beschwerde an den Vatikan blieb erfolglos.¹⁶

Die Politisierung des Konflikts: Die Auseinandersetzungen um „Wirtschaftsverein“ und „Ude-Verband“ (1926–1929)

Zwischen 1919 und 1925 hatte Ude insgesamt 730 öffentliche Vorträge und Predigten im In- und Ausland gehalten, und bis 1926 war die statliche Anzahl von 380.000 Stück seiner Broschüren abgesetzt.¹⁷ Seine Aktivitäten hatten ihn in maßgeblichen Kreisen der Hierarchie unbeliebt gemacht, doch sein beträchtlicher öffentlicher Einfluß und sein Ansehen insbesondere unter bürgerlichen Schichten wirkte der Erhöhung des Restriktionsniveaus entgegen. Mitte der zwanziger Jahre begann aus einer Reihe von objektiven und subjektiven Gründen der Konflikt zu eskalieren.

Erstens stimulierte die Verschärfung der sozialen und ökonomischen Krise (Weltwirtschaftskrise ab 1925, Rezession, Anstieg der Arbeitslosenzahl)¹⁸ sozioökonomische Reformkonzepte etwa der Siedlungs- oder Freiwirtschaftsbewegung, die zugleich nach neuartigen politischen Ausdrucksmöglichkeiten suchten. *Zweitens* steigerte sich Udes Frustration ebenso wie sein Selbstbewußtsein merklich. Dies führte dazu, daß er 1925 die Herausgabe der Vereinszeitschrift *Völkerwacht* wegen der fortlaufenden Zensur einstellte. *Drittens* stand Ude als Vorgesetzter 1927 bis 1953 mit Fürstbischof Dr. Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (1877–1956) eine profilierungsbedürftige, teils ängstliche Persönlichkeit gegenüber. Der ehemalige Feldkurat Pawlikowski, bis 1938 Leiter der Seelsorge im Österreichischen

¹⁶ Vgl. zu dieser Konfliktlösung Johannes Ude, Brief an das Bischöfliche Ordinariat der Diözese Seckau in Graz [folgend zit. als: Bischöfliches Ordinariat Graz] (5. Jan. 1926). DAG, Personalakt Ude; Bischöfliches Ordinariat Graz, Brief an Johannes Ude (8. Jan. 1926). DAG, Personalakt Ude; LENZ (wie Anm. 11), 33. Johannes Ude schrieb in der Folge an den Vatikan: Brief an Congregatio Consilii Rom (16. Feb. 1926). DAG, Personalakt Ude.

¹⁷ Vgl. [O.V.], Die Persönlichkeit Professor Udes. In: Österreichischer Bund 2, 1 (1927), 1f.

¹⁸ Vgl. FELIX BUTSCHK, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (Frankfurt/M. 1985), 53; HANS KERNBAUER/FRITZ WEBER, Von der Inflation zur Depression. Österreichs Wirtschaft 1918–1934. In: EMMERICH TÁLOS U. A. (Hg.), Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938 (Wien 1984), 1–30, 5; ROMAN SANDGRUBER, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Wien 1995), 367ff.

Bundesheer, hatte es schwer, Sympathien im steirischen Klerus zu erwerben.¹⁹ Er war durch Lebensführung und Einstellung mit jeglichen lebensreformerischen Attitüden fremd und auch als passionierter Raucher und Alkoholkonsument dem asketischen, als „Savonarola von Graz“ bekannten Priester²⁰ ein Dorn im Auge.

Der Eskalationsrahmen des Konflikts war durch den Wandel der kultur- und sozialpolitischen sowie karitativen Tätigkeit in eine machtpolitische Perspektive bestimmt.²¹ Ude spielte bei der Bildung des 1926 überwiegend aus unzufriedenen städtischen Mittelschichten rekrutierten *Wirtschaftsverein für Österreich*, eines schwerpunktmäßig in der Steiermark tätigen „Vereins gegen Korruption, für Sparsamkeit und Gerechtigkeit“, eine maßgebliche Rolle. Der Theologe, der im Jahr zuvor sein Doktorat aus Nationalökonomie absolviert hatte, wurde Obmann und konnte programmatisch Elemente der Wohnungs- und Bodenreform, des Gartenstadt-Konzeptes und der Währungspolitik, von Abstinenz und Abolitionismus, Tierschutz und Pazifismus einbringen.²²

Kirchlicherseits beobachtete man die gegen die bürgerliche Regierung gerichtete, tendenziell antiparlamentarische Polemik der rasch an Zustrom gewinnenden, Ude jedoch zunehmend entgleitenden Gruppierung äußerst besorgt.²³ Bereits am 11. Juni 1926 verlangte der Seckauer Generalvikar Franz Oer, Ude habe seine Verbindungen zum *Wirtschaftsverein* einzustellen, „jede die jetzige christliche Regierung angreifende, aufreizende Rede in Volksversammlungen von Stadt und Land zu unterlassen“ sowie die Kon-

¹⁹ Vgl. MAXIMILIAN LIEBMANN, Dr. Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (1927–1953). In: KARL AMON (Hg.), *Die Bischöfe von Graz-Seckau 1218–1968* (Graz 1969), 456–469.

²⁰ Vgl. auch *Österreichischer Bund* 2, 1 (1927), 1.

²¹ Zur Synthese von macht- und kulturpolitischen Bewegungen vgl. JOACHIM RASCHKE, *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß* (Frankfurt/M. 1985), 116.

²² Vgl. JOHANNES UDE, *Brotnot! Milchnot! Warum?* (Graz 1916); RINNHOFER (wie Anm. 6), Bd. 1; KLEMENS SCHNEIDER, *Das Programm des Wirtschaftsvereines für Österreich von Prof. Ude*. In: *Österreichischer Bund* 2, 29 (1927), 3–6; ferner, auch zu den folgenden Ausführungen: REINHARD FARKAS, *Aufstieg und Fall einer neoständischen Perspektive. Die Entwicklung von „Wirtschaftsverein“ und „Ude-Verband“* (1926–1933). In: *BlHk* 71 (1997) [zum Druck eingereicht]; *Wirtschaftsverein für Österreich, Vereinsakten*. StLA, Landesreg. 206-W 10/1926; StLA, Landesreg. 206 Wi 1/1932; *Österreichischer Wirtschaftsverein–Udeverband, Vereinsakten*. ÖStA, AdR (Wien), 309 15/4 173.241/1931.

²³ Der Verbalradikalismus des Vereins geht etwa hervor aus dem Bericht über die Versammlung vom 28. August 1926 in Stainz E. Markus, Brief an das Bischöfliche Ordinariat Graz (14. Sept. 1926). DAG Personalakt Ude.

takte zu „kirchenfeindlichen Blättern und Parteien wegen des öffentlichen Ärgernisses“ aufzugeben.²⁴ Überdies forderte das Ordinariat der Diözese Seckau den *Wirtschaftsverein*, der auch in christlichsozialen Kernschichten reüssierte, ostentativ auf, seine Aktivitäten „mit Rücksicht auf die Gefahr der Schädigung und Spaltung der katholischen Partei einzustellen“.²⁵

Noch suchte man beiderseits nach einem Kompromiß, ohne jedoch dessen Basis anbieten zu können. Der *Wirtschaftsverein* intervenierte für die Wiederherstellung von Udes Handlungsfreiheit, und es zeugt von Sendungsbewußtsein wie von Verkenning der politisch-taktischen Möglichkeiten, daß der Theologe als Führer einer antimarxistischen Einheitsfront und als Antipode gegen den „rote[n] Antichrist“ gepriesen wurde.²⁶ Es verwundert nicht, daß man im Ordinariat derlei Vorstöße indigniert abwies²⁷ und Ude mit der Erklärung abpeiste, die Einheitsfront sei „zur Wahrung der sittlich-religiösen Interessen“ erforderlich.²⁸ Vermittlungsversuche auf Ebene des österreichischen Episkopats – etwa durch den Salzburger Fürstbischof Ignatius Rieder – waren angesichts der allzuweit divergierenden Standpunkte, die aus konkurrierenden politischen Hegemonialansprüchen resultierten, zum Scheitern verurteilt.²⁹

²⁴ Brief an Johannes Ude (11. Juni 1926). Zit. u. komm. bei JAROMIR DIAKOW, Ude, der Stumme von Österreich. Der Wahlgang 1927 (Wien 1931), 37. Vgl. ferner JOHANNES UDE, Kurze Darstellung des ‚Falles Ude‘. Typoskript (Graz o. J.) Personalakt Ude, Universitätsbibliothek Graz.

²⁵ Bischöfliches Ordinariat Graz, Brief an den Wirtschaftsverein für Österreich (22. Juli 1926). DAG, Personalakt Ude.

²⁶ Wirtschaftsverein für Österreich, Brief an das Bischöfliche Ordinariat Graz (18. Dez. 1926). DAG, Personalakt Ude. Weiter heißt es dort: „Volk und Staat von Österreich“ stünden vor dem „unaufhaltbaren Ruin“, die „Regierungen seit dem Jahre 1918“ hätten sich als ebenso „regierungsunfähig“ erwiesen wie der „sogenannte Parlamentarismus“. Vgl. ferner Österreichischer Bund 1, 2 (1926), 2; Wirtschaftsverein für Österreich (Jaromir Diakow/ Dr. Alois Sernetz), Brief an das Bischöfliche Ordinariat Graz (4. Jan. 1927). DAG, Personalakt Ude.

²⁷ Vgl. Bischöfliches Ordinariat Graz, Brief an den Wirtschaftsverein für Österreich (7. Jan. 1927). DAG, Personalakt Ude.

²⁸ Bischöfliches Ordinariat Graz, Brief an Johannes Ude (24. März 1927). DAG, Personalakt Ude.

²⁹ Ignatius Rieder schrieb dem steirischen Bischof, es schiene ihm „sehr wünschenswert, wenn es möglich wäre, Ude einigermaßen entgegenzukommen, [...] die ihm auferlegten Verbote zurückzunehmen oder wesentlich zu mildern.“ Dies könne aber lediglich unter der Bedingung erfolgen, daß der Wirtschaftsverein nicht in Konkurrenz zur Christlich-sozialen Partei trete: Brief an Leopold Schuster (12. Dez. 1926). DAG, Personalakt Ude.

Es kann hier nicht dargelegt werden, weshalb sich Anfang 1927 aus dem *Wirtschaftsverein* eine Liste *Ude-Verband-Bund gegen Korruption* bildete, die zu den bevorstehenden Wahlgängen zur Nationalversammlung und zum Landtag anzutreten beabsichtigte. Entscheidend ist die Abgrenzung von der kirchlich favorisierten *Einheitsliste* aus Christlichsozialen, Großdeutscher Volkspartei und NSDAP unter Führung von Prälat Ignaz Seipel und damit der Ausbruch aus dem bipolaren Schema.⁵⁰ Großdeutsche Volkspartei und CSP wandten sich mit demagogischen Mitteln und im Grunde laizistischen Argumenten gegen den parlamentarismuskritischen Impetus der Splitterpartei und die fundamentalchristliche Attitüde von deren Listenführer in sämtlichen Wahlkreisen, Johannes Ude.⁵¹

Die Chance, jedoch auch die neuralgische Stelle des *Ude-Verbands* bestand in seiner charismatischen Führungspersönlichkeit, über deren sendungsbewußtes Auftreten zahlreiche Informationen im Ordinariat gesammelt wurden. So berichtete der Hartberger Prälat Msgr. Karl Gerstauer über Udes Auftritt in der oststeirischen Bezirksstadt, der „sich abends von seinen Anhängern, die vielfach aus Großdeutschen und Landbündlern bestanden, wie im Triumph auf den Kernstockplatz geleiten [ließ], wo er die Rede hielt und mit seinen langen Haaren wie ein Apostel und wie ein Rufender in der Wüste auftrat und den Satz mit Emphase in die Menge rief: 'Ich glaube an meine Sendung.'⁵²

Die Hierarchie bemühte sich einerseits, teilweise erfolgreich, durch Udes Maximalismus kopfscheu gewordene katholische Exponenten des Verbands zurückzugewinnen. Andererseits waren die Maßnahmen des neuen Fürstbischofs Pawlikowski geschickt zunächst auf Beschränkung der Redefreiheit abgestimmt: Erst kurz vor den Wahlgängen vom 24. April, die dennoch insbesondere in der Steiermark Erfolge und zwei Landtagsmandate brachten,⁵³ mußte Ude – nach einem Schreiben Pawlikowskis vom

⁵⁰ Vgl. Österreichischer Bund 2, 7 (1927), 1; Neues Grazer Tagblatt (6. April 1927), 3.

⁵¹ Vgl. die Wiedergabe einer Rede Seipels vom 19. April 1927 im Neuen Grazer Tagblatt (20. April 1927), 2f. sowie bei DIAKOW (wie Anm. 24), 81ff. Seipel reagierte auch auf Udes Angriffe gegen seine Person. Vgl. etwa JOHANNES UDE, Offener Brief an den Herrn Altkanzler Prälaten Dr. Seipel, Wien. In: Neues Grazer Tagblatt (18. Feb. 1926), 8.

⁵² Vgl. Karl Gerstauer, Politische Tätigkeit des Prof. Dr. Ude in der Oststeiermark im Wahljahre 1927 (o. D.). DAG, Personalakt Ude.

⁵³ In der Steiermark erreichte der Ude-Verband bei den Nationalratswahlen 22.759 oder 4,53 Prozent, bei den Landtagswahlen 23.014 oder 4,7 Prozent der gültigen Stimmen. Vgl. Österreichischer Bund 2, 17 (1927), 5; DAGMAR SCHANTL, Wahlen und Wahlwerbung von 1919–1930 in Graz unter besonderer Berücksichtigung der Parteipresse. Dipl. Graz 1992, XXVlff.

11. April – seine Kandidatur zurücklegen.³⁴ Daß Ude im September 1927 gezwungen wurde, auch die Funktion des Obmanns abzugeben und damit de facto seinen Einfluß auf das Wahlbündnis zu minimieren, schwächte dessen Einfluß empfindlich. Ohne die integrative Persönlichkeit Udes konnten zudem nur bescheidene Wahlerfolge erzielt werden; vor allem aber war kein längerfristiges Eigenprofil erreichbar.³⁵ Bei den Wahlen 1930 gliederte sich der *Wirtschaftsverein* daher dem *Landbund* und *Schober-Block* an; 1933 erfolgte die vereinsrechtliche Auflösung.³⁶

Udes Knebelung. Vom Redeverbot zur völligen publizistischen Isolation (1929–1933)

Ude besaß im Grunde keine Alternative, als allen Auflagen des Grazer Fürstbischofs zu folgen, wollte er sein Amt weiter ausüben. Damit mußte er auf das Projekt einer zumindest ihrem Anspruch nach fundamentalchristlichen mittelständischen Partei verzichten. Im Resultat dieser Entwicklung sah er sich weiterhin nicht nur starkem Druck seitens seines Vorgesetzten, sondern auch einer deutlichen Opposition in großen Teilen des österreichischen Klerus gegenüber.³⁷ Dennoch war es nicht gelungen, Udes politisches Ansehen zu zerstören, in seiner Anhängerschaft hatte er sogar den Nimbus einer Märtyrergestalt erhalten.

Pawlikowski, der nach den eingetretenen Verhärtungen keine Möglichkeit einer Konfliktbeilegung sah, schrieb dem Linzer Bischof Gföllner am 21. August 1928, es herrschten „geteilte Meinungen, ob Ude die politische Agitation verboten werden soll“, und hielt es für eine „unbegreifliche Bequemlichkeit“ der CSP, Ude keinen „gewiegten Kontraredner entgegenzustellen und ihn auf diese Art unmöglich zu machen“.³⁸ Anlaß des

³⁴ Eine nachträgliche Bitte um Genehmigung der Kandidatur blieb fruchtlos. Vgl. DIAKOW (wie Anm. 24) 59; Wirtschaftsverein für Österreich, Brief an das Bischöfliche Ordinariat Graz (14. April 1927). DAG, Personalakt Ude.

³⁵ Vgl. etwa ODO NEUSTÄDTER-STÜRMER, Die Wahlen in Oberösterreich, Graz und Tirol. In: Österreichischer Bund 4, 2 (1929), 1–3.

³⁶ Zur Ideologie des Landbunds vgl. insbesondere GÜNTHER R. BURKERT, Der Landbund für Österreich. In: EMMERICH TÁLOS U. A. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995), 207–217.

³⁷ Pawlikowski notiert in diesem Zusammenhang in einem Brief an den Wiener Domkurator Dr. Karl Rudolf, „geringeres Ansehen unter dem Klerus des eigenen Landes hat wohl kein Geistlicher als Dr. Ude“: Bischöfliches Ordinariat Graz, Brief an Karl Rudolf (undatiert; wohl 1928). DAG, Personalakt Ude.

³⁸ Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Brief an Johannes Maria Gföllner (21. Aug. 1928). DAG, Personalakt Ude. Demnach bestehe Udes Anhängerschaft „aus Menschen, mit welchen ein vernünftiger Gedankenaustausch von vornherein ausgeschlossen ist“.

Schreibens war eine gerichtliche Auseinandersetzung Udes mit Pfarrer Einsiedl aus Peuerbach in Oberösterreich, welche die Schärfe der Konfrontationen ebenso belegt wie Udes in der Hierarchie geschwächte Position.³⁹

Nach dem erzwungenen Verzicht auf eine parteipolitische Aktivität Udes wurde in dessen Gefolgschaft eine brisante Publikation vorbereitet. Ein enger Vertrauter, der aus Krems stammende Unternehmer Arthur Miller-Aichholz, rechnete in seinen *12 Studien über politische Ereignisse und volkswirtschaftliche Zustände im Lichte der katholischen Moral* im national-konservativen Leopold-Stocker-Verlag nicht nur mit der klerikalen Sozialpolitik und Sexualethik brüsk ab, er bestritt auch – unter Verweis auf moralische Voraussetzungen der Eucharistie – die metaphysische Legitimation der christlichsozialen Führung.⁴⁰ In den Anhang war ein Aufsatz Udes aufgenommen, der – in Rücksicht auf die bestehenden Beschränkungen – im Grundsätzlichen verblieb und auf die Bedeutung der Eucharistie als „das große Sakrament der gesellschaftlichen Erneuerung“ verwies.⁴¹

Gegenüber diesen schweren theologisch fundierten Kanonaden gegen Repräsentanten der Amtskirche fielen andere Angriffe auf den radikaler werdenden Politischen Katholizismus, wie etwa gegen die klerikale Unterstützung der Heimwehrebewegung, weniger ins Gewicht, dürfen jedoch bei der Bewertung der Konfrontation nicht gering geschätzt werden.⁴²

³⁹ Einsiedl hatte in einer Versammlung der CSP eine aufsehenerregende Wahrede des Theologen vom Pfingstsonntag, dem 27. Mai 1928, als „Verbrechen“ bezeichnet, das Linzer Ordinariat informierte darüber die steirische Diözese, und Bischof Gföllner bat Ude, auf seine Klage zu verzichten. Nachdem Ude vorgab, Gföllners Schreiben verspätet erhalten zu haben, sprach das Bezirksgericht Peuerbach Einsiedl am 8. August frei; die bereits eingereichte Berufung mußte der Theologe zurückziehen. Vgl. Bischöfliches Ordinariat Linz, Brief an das Bischöfliche Ordinariat Graz (10. Juli 1928); Johannes Gföllner, Brief an Johannes Ude (24. Juli 1928); Johannes Ude, Brief an Johannes Gföllner (8. Sept. 1928). Alle: DAG, Personalakt Ude.

⁴⁰ Vgl. ARTHUR MILLER-AICHHOLZ, *12 Studien über politische Ereignisse und volkswirtschaftliche Zustände im Lichte der katholischen Moral*. Mit einer Abhandlung über das Versagen der Katholiken im sozialen Leben von Dr. theol., phil., rer. nat et rer. pol. Johann Ude (Graz 1930).

⁴¹ JOHANNES UDE, Die Bedeutung der Eucharistie für das soziale Leben der Katholiken. In: MILLER-AICHHOLZ (wie Anm. 40), Graz 1930, 50–59, 59.

⁴² Ein Vortrag im oberösterreichischen Stadl-Paura gab ihm Gelegenheit, gegen die priesterliche Assistenz bei Feldmessen und Wimpelweihen aufzutreten, bedeute doch die Existenz beider Wehverbände „eine ungeheure Gefahr für den inneren Frieden Österreichs“, „zumal ja bekannt ist, daß auch die Führer der *Heimwehr* genauso wie die Führer des *Schutzbundes* Gewalt und Haß predigen“. Nach Auffassung des Theologen sollte der Klerus die Polarisierung abbauen helfen, „um die Versöhnung der beiden

Nachdem mit der Broschüre Miller-Aichholz' endlich ein theologischer Vorwand gefunden war, entschloß sich der Seckauer Fürstbischof zum Äußersten. Einer Vorladung Pawlikowskis suchte Ude zu entgehen, da er sich „auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen vor einer mündlichen Unterredung“ mit diesem fürchte und „ein persönliches Zusammen treffen vermeiden“ wolle; doch fand sein Vorschlag, einen befreundeten Bundesbruder der Grazer Korporation *Carolina* zu delegieren, wenig Gegenliebe.⁴³ Nach einem für den Theologen demütigenden Zusammentreffen vom 26. Oktober 1929⁴⁴ wurde diesem „die Predigerlaubnis entzogen und [...] jedwede politische Betätigung wie auch jedes Auftreten in öffentlichen Versammlungen“ im Bundesgebiet untersagt; publizistische Äußerungen waren durch das Ordinariat zu sanktionieren.⁴⁵

Dem mundtot gemachten Priester verblieb noch sein Wirkungsbereich an der Grazer Karl-Franzens-Universität, doch sollte auch dieser beschränkt werden. Im November wurde eine kirchliche Kommission, bestehend aus dem Visitator Dr. Karl Spiegl, Kanonikus Dr. Josef Kielnhofer, Stadtpfarrpropst Dr. Franz Schellauf, dem Priesterhausdirektor Kanonikus Msgr. Dr. Karl Krenn und Stadtpfarrer Prälat Karl Großauer eingesetzt, um den Besuch von Theologiestudierenden bei Udes Vorlesungen zu verhindern.⁴⁶ In einer durch Spiegl am 12. Dezember verfaßten kircheninternen Stellungnahme wurde Udes Position zurückgewiesen und auf den „abnormalen Geisteszustand“ und den Extremismus des Theologen zurückgeführt, durch den auch Miller-Aichholz verführt worden sei: „Die Beschuldigung, daß die Priester und Bischöfe, weil sie seinen extremen sozialen Forderungen nicht nachkommen, unwürdig kommunizieren und in schwe-

feindlichen Lager herbeizuführen“. Johannes Ude, Brief an das Bischöfliche Ordinariat Linz (4. Nov. 1929). DAG, Personalakt Ude.

⁴³ Johannes Ude, Brief an Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (3. Sept. 1929). DAG, Personalakt Ude.

⁴⁴ Vgl. Protokoll der Audienz bei Sr. fürstbischöflichen Gnaden Dr. Ferdinand Pawlikowski vom 26. Oktober 1929. In: Ude, Darstellung, 4 f. An anderer Stelle beschwerte sich Ude: „Ich muß aber leider erkennen, [...] daß ich nun schon zum zweiten Mal von Ew. Gnaden vor Zeugen in einem Ton und mit Ausdrücken angedredet worden bin, der mit der Würde meines Amtes unvereinbar sind“: Brief an Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (30. Okt. 1929). DAG, Personalakt Ude.

⁴⁵ Brief von Ferdinand Stanislaus Pawlikowski an Johannes Ude (7. Dez. 1929). In: UDE, Darstellung (wie Anm. 24), 4.

⁴⁶ Vgl. Bischöfliches Ordinariat Graz, Brief an Josef Kielnhofer (19. Nov. 1929). DAG, Personalakt Ude.

rer Stunde sich befinden, ist geradezu lächerlich und wohl der Gipfel aller denkbaren imprudentia.“⁴⁷

Der Priesterhausdirektor Karl Krenn konzedierte zwar, daß Ude seit den gegen ihn verhängten Maßnahmen vorsichtiger geworden sei, verwies jedoch auf Hörermitteilungen über dessen gegen die Regierung Seipel gerichtete Äußerungen sowie über die Polemik gegen die Teilnahme des Bundeskanzlers und des Fürstbischofs am Jubiläum der Brauerei Reininghaus und gelangte zum Schluß: „Bei der Art des Vorlesebetriebes würde der Entfall der Kollegien des H. Prof. Ude für die Theologen keinen besonderen Verlust bedeuten. Es ist eine alte Klage, daß Ude in allen Vorlesungen immer wieder zu seinen Lieblingsthemen abschweift, so daß der Umfang des vorgelegten Stoffes stets sehr gering ist.“⁴⁸

Am 7. Dezember 1929 bestätigten die Diözesan-Bischöfe Österreichs Pawlikowskis Verfügungen;⁴⁹ ferner verbot man den Theologiestudenten unter Strafandrohung, Udes Vorlesungen zu besuchen.⁵⁰ Die kurz darauf gefallene Äußerung Pawlikowskis, daß „die konsequente Durchführung seiner [= Udes] Ideen zum Kommunismus führt“,⁵¹ verdeutlicht die hohe Irrationalität der Debatte.

1930 gaben der Wiener Kardinal Friedrich Gustav Piffl und Pawlikowski als zuständiger Diözesanbischof den Auftrag, das Werk *Soziologie* einzustampfen, welches bereits die Druckerlaubnis des St. Pöltener Bischofs Memelauer erhalten hatte. Im Folgejahr wurde das Werk jedoch in der Schweiz, zum nicht geringen Ärger des österreichischen Episkopats und von Bundeskanzler Seipel, versehen mit einem warmen Vorwort des St. Galler Bischofs, verlegt.⁵² Laut einem Schreiben des Wiener Weihbischofs Siegmund Waitz gab Seipel „seinem Erstaunen Ausdruck, daß Bischof von St. Gallen einem neuen Buche Dr. Udes ein warmes Vorwort geschrieben

⁴⁷ Karl Spiegl, Causa Prof. Ude (12. Dez. 1929). DAG, Personalakt Ude.

⁴⁸ Karl Krenn, Causa Professor Ude (2. Dez. 1929). DAG, Personalakt Ude.

⁴⁹ Vgl. Bischöfliches Ordinariat Graz, Brief an Johannes Ude (7. Dez. 1929). DAG, Personalakt Ude.

⁵⁰ Vgl. Bischöfliches Ordinariat Graz, Brief an die Direktion des fürstbischöflichen Priesterhauses Graz (17. Jan. 1930). DAG, Personalakt Ude; ferner UDE, Darstellung (wie Anm. 24), 1.

⁵¹ Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Brief an Johannes Maria Gföllner (30. Jan. 1930). DAG, Personalakt Ude. LENZ (wie Anm. 11), 36 stellt dieses Zitat als angebliche Äußerung Gföllners in einen falschen Kontext.

⁵² Vgl. JOHANNES UDE, *Soziologie. Leitfaden der natürlich-vernünftigen Gesellschafts- und Wirtschaftslehre im Sinne der Lehre des hl. Thomas von Aquin* (Wienacht 1931).

hat, nachdem die Bischöfe Österreichs dem Dr. Ude das öffentliche Auftreten verboten haben“.⁵³

Diese in ihrer Art singulären Repressionen, die selbst unter den österreichischen Bischöfen umstritten waren, erregten im gesamten deutschsprachigen Raum mediales Interesse und evozierten überwiegend kritische Kommentare, wiewohl man sich auch von Udes Rigorismus distanzierte. Nicht nur das nationalliberale (*Grazer Tagblatt*) und sozialdemokratische Spektrum (*Arbeiterwille*, *Arbeiterzeitung*), auch deutsche christlichsoziale Zeitungen nahmen gegen die Maßregelungen Stellung. Das liberale *Berliner Tagblatt* zeichnete unter dem Titel „Der Savonarola von Graz“ ein wenig freundliches Bildnis Pawlikowskis und gelangte zum Schluß: „Die Kirche könnte seit den Tagen der Jeanne d'Arc an zahllosen Beispielen gelernt haben, daß, neben Verbrennen, Schweigegebot das wirksamste Mittel ist, Märtyrer zu schaffen.“⁵⁴

Im Kreis der Bischöfe war Pawlikowski bemüht, das enorme mediale Aufsehen einer „kirchengegnerischen“ Tendenz zuzuschreiben.⁵⁵ In Einzelfällen wehrte er sich unter Einschaltung des Gerichtsweges, wobei im Falle der *Arbeiterzeitung* ein Vergleich zustande kam. Eine öffentlich verteilte Ausgabe des *Werbedienstes* des völkischen Antiklerikalen und Ludendorff-Anhänger Richard Soykas vom 10. Jänner 1930⁵⁶ wurde über Antrag der Staatsanwaltschaft Wien beschlagnahmt und dieser in einem seitens der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Ehrenbeleidigungsverfahren zu einer Geldstrafe verurteilt.⁵⁷

⁵³ Sigmund Waitz, Brief an Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (27. Aug. 1931). DAG, Personalakt Ude. In seinem Antwortschreiben beschwichtigte Pawlikowski: „Das Buch Dr. Udes selbst wird kaum große Wellen schlagen. Es beinhaltet die altbekannten Schlager und ist in der Art eines rein philosophischen Schulbuches geschrieben, das neugierige Leser schnell beiseite legen werden.“ Brief an Sigmund Waitz (1. Sept. 1931). DAG, Personalakt Ude.

⁵⁴ GRETE VON FRANCESCO, Der Savonarola von Graz. *Berliner Tageblatt* (20. März 1930). Abgedruckt in: *Österreichischer Bund* 5, 7 (1930), 3.

⁵⁵ „Wo die Anhänger Udes stehen, ist auch hieraus zu erkennen, daß just die kirchengegnerischen Zeitungen sich mit dem Falle so eingehend beschäftigen. So war das den Bündlern Gefolgschaft leistende *Tagblatt* das erste, das losgeschossen hat.“ Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Brief an Johannes Maria Gföllner (Jan. 1930). DAG, Personalakt Ude.

⁵⁶ Vgl. RICHARD SOYKA, Gewalt gegen Professor Ude! Ein Schandmal für das 20. Jahrhundert. In: *Österreichischer Werbedienst für Volksgesundheit* 5, 1 (1930), 1.

⁵⁷ Vgl. *Österreichischer Bund* 5, 14 (1930), 3; 6, 1 (1931), 4. Soykas Berufung wurde durch das Wiener Landesgericht abgewiesen, die Geldstrafe „aus Rücksicht auf seine finanzielle Lage“ von 500 Schilling auf 100 Schilling reduziert: [O.V.], Pawlikowski's Redeverbot vor Gericht. In: *Österreichischer Bund* 6, 9 (1931), 3.

Gegenüber dem Protestpotential der ideologisch und organisatorisch diffusen Lebensreformbewegung war die Front noch deutlicher abgesteckt. In einem Bericht an den Vatikan suchte Pawlikowski die Komplexität dieser Kritik zu reduzieren: „So werde ich seit Wochen mit Zuschriften aus verschiedensten Ländern überhäuft, die in mehr oder minder höflicher Art gegen die über den Priester Dr. Ude verfügten Maßnahmen protestieren. Es ist ungemein traurig, auf Grund dieser Zuschriften feststellen zu müssen, daß der größte Teil dieser Schreiben nur aus Tierschutz-, Antivivisektionsverbänden, aus glaubensindifferenten, protestantischen, ja antikirchlichen Kreisen oder von auffallend geistig überspannten Personen stammt.“⁵⁸ In der Tat war das katholische Lebensreformsegment an der Kritik – sieht man von dem Verein *Österreichs Völkerwacht* (einschließlich der *Elisabethkonferenz*) ab – wenig beteiligt.

Versuche, die diffuse Protestbewegung zu bündeln, waren nur über ein Vierteljahr erfolgreich. Am 30. Jänner 1930 hielt der *Wirtschaftsverein*, der auch das Schreiben des Episkopats an Ude veröffentlichte,⁵⁹ eine von 2.000 Personen besuchte Versammlung in den Grazer Steinfelder-Sälen ab, auf der Obmann Jaromir Diakow das Hauptreferat hielt.⁶⁰ Die letzte Großkundgebung hielt eine „Arbeitsgemeinschaft der vereinten Udefreunde“ – im wesentlichen Lebensreformvereine – am 11. April 1930 im großen Saal des Wiener Militärkasinos ab.⁶¹ Ude scheiterte in seinem Versuch, bei steirischen Priestern Sympathien für seinen Standpunkt zu erwerben,⁶² wie in seinem Rekurs an die Konzilskongregation, der am 17. Mai 1930 abgewiesen wurde.⁶³ Ebenso erfolglos blieben Interventionen bei Pawlikowski um Milderung der Reglementierungen.⁶⁴

⁵⁸ Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Brief an Sacra Congregatio Concilii Rom (Jan. 1930). DAG, Personalakt Ude.

⁵⁹ Vgl. Österreichischer Bund 5, 1 (1930), 1f.

⁶⁰ Vgl. [O.V.], Grazer Protestkundgebung gegen das neuerlich über Prof. Dr. Ude verhängte Redeverbot. In: Österreichischer Bund 5, 4 (1930), 3f.

⁶¹ Vgl. [O.V.], Das aufgerüttelte Wien. Die Kundgebung der Wiener Udefreunde gegen das Redeverbot. In: Österreichischer Bund 5, 6 (1930), 3.

⁶² So schreibt Pater Ferdinand Kröpfl: „Gelegentlich eines Besuches Dr. Udes bei mir sagte Dr. Ude folgendes: ‚Ich werde allen österreichischen Bischöfen den Revolver an die Brust setzen und ihnen zurufen: Entweder–oder!‘“ Brief an das Bischöfliche Ordinariat Graz (8. April 1930). DAG, Personalakt Ude.

⁶³ Vgl. LENZ (wie Anm. 11), 37.

⁶⁴ So ersuchte Johannes Ude den Bischof, etwa „die Bedingungen gütigst angeben zu wollen, unter denen Exzellenz mir gestatten würden, daß die Theologen meine Vorlesungen besuchen dürfen“: Brief an Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (15. April 1931). DAG, Personalakt Ude.



Abb. 3: Vortrag Johannes Udes vor dem 8. Kongreß der Internationalen Vegetarischen Union in Eden bei Oranienburg, 1932. (Archiv der Eden-Genossenschaft, Oranienburg-Eden)

Mit der kirchlichen Letztentscheidung waren die öffentlichen Wirkungsmöglichkeiten Udes weitgehend unterbunden worden. Der Theologe versuchte zwar, etwa durch Beteiligung an den Grazer „Volkstümlichen Universitätsvorträgen“ seine wirtschafts- und sozialpolitischen Ansichten zu popularisieren, konnte jedoch nur mehr ein geringes Publikum erreichen. Auch einige Auslandsvorträge wurden von den jeweils zuständigen kirchlichen Stellen mit Assistenz Pawlikowskis verhindert (Redeverbot für Ude in den holländischen Diözesen Utrecht und Harlem im 15. März 1932)⁶⁵; lediglich in der Schweiz fand eine nennenswerte Vortragstätigkeit statt (so 1932 in St. Gallen am 14. März über „Die große Not unserer Zeit und ihre Überwindung“ und in Solothurn am 10. November zum Thema „Gegen den Kapitalismus und seine Wirtschaft“). Doch auch dort, wo der unermüdliche St. Gallerer Bischof Dr. Aloisius Scheiweiler Ude seit Jahren

⁶⁵ Vgl. ALOIS KABELKA, Der neue Fall Ude. Tatsachen und Hintergründe seiner Verhaftung und Ausweisung aus Lichtenstein (Graz 1932), 4.

beigestanden war und ihm in Freiburg/Schweiz sogar ein Institut für soziale Wissenschaft errichten wollte, versiegte nach österreichischen Interventionen 1932 die Unterstützung.⁶⁶

Im Jahrzehnt der Diktaturen. Exil in Grundlsee (1934–1945)

Ude rieb sich seit Mitte der dreißiger Jahre – primär unter dem Vorzeichen des Antimilitarismus, nicht aber des Antitotalitarismus – verstärkt am österreichischen Ständestaat, während in dieser Phase der deutsche Nationalsozialismus noch partiell aus dem Kritikbereich ausgeblendet blieb.⁶⁷ Kennzeichnend sind die Abgrenzung vom staatspolitischen Terror 1934, die Ablehnung des ausgerufenen Standrechts und die Kritik der Todesurteile gegen Regimegegner – Positionen, die zu Udes Beurlaubung als Professor der spekulativen Dogmatik mit Ende Mai 1934 führten.⁶⁸ Die erneute Eskalation, der das behördliche Verbot von Vorträgen an der Wiener (24. Mai) und Grazer (28. Mai) Universität auf dem Fuße folgte,⁶⁹ deprimierte Ude tief: Er sah sich als das „erste Opfer des Konkordates, das Österreich mit Rom abgeschlossen hat“.⁷⁰

Mit diesen Maßnahmen war der Bogen überdehnt worden. Selbst das katholische *Grazer Volksblatt* suchte daher die Beurlaubung Udes als eine Sparmaßnahme darzustellen und beschreibt ihn als „markante Persönlichkeit“, als tiefreligiösen, umfassend gebildeten, energischen, strebsamen und karitativ wirkenden Menschen, dessen Ausscheiden – trotz abwegiger

⁶⁶ Vgl. KÄTHE MORITZ, Johannes Ude. Ein Leben und Wirken im Geiste der Bergpredigt. Zweiter Teil der Biographie „Sein und Wirken des großen Friedensarbeiters und Lebensreformers Johannes Ude“ (Salzburg 1964), 18.

⁶⁷ Vgl. UDE, Lebensjahr (wie Anm. 5), 278. Zum Verhältnis Udes zum Nationalsozialismus vgl. REINHARD FARKAS, Pazifistische Alternativkultur in der Steiermark am Beispiel Johannes Udes. In: AEIOU – draufst bist du. Das andere Heimatmuseum. 1. Abteilung. Katalog, hg. BauStelle Schloß Lind (Neumarkt 1996), 35–42.

⁶⁸ Vgl. Bundesministerium für Unterricht, Brief an das Dekanat der theologischen Fakultät der Uni Graz (30. April 1934). DAG, Personalakt Ude.

⁶⁹ Der für den 24. Mai geplante Wiener Vortrag hätte auf der Hochschule für Welthandel das Thema „Die Bedeutung der tabakfreien Lebensweise für das Volkswohl“ abhandeln sollen; in Graz wurde ein Vortrag über „Charakter und Charakterbildung“ an der Universität durch das Unterrichtsministerium verboten, worauf „hundert von Studenten“ zu einer Protestkundgebung zu Udes Wohnung in der Kreuzgasse zogen: UDE, Lebensjahr (wie Anm. 5), 246.

⁷⁰ Zit. u. komm. bei MORITZ (wie Anm. 66), 19.

Exkurse im Lehrunterricht – doch einen Verlust für die Universität darstelle.⁷¹

Die politisch heterogene Konstruktion des Ständestaats ermöglichte eine partielle Entspannung, die auch durch zahlreiche Interventionen ermöglicht wurde: etwa die dem Unterrichtsministerium eingereichten Bittschrift von 1.445 Studierenden (mehr als die Hälfte der Grazer Studentenschaft)⁷² oder der Einsatz des christlichsozialen Bundespräsidenten Dr. Wilhelm Miklas (1872–1956). So kam es *erstens* zur Rücknahme des 1929⁷³ bestehenden Redeverbots durch die Diözesanbischöfe vom 23. Februar 1935 und *zweitens* – als universitäre Kompromißlösung – zur Zulassung als Privatdozent für spekulative Dogmatik mit Wirkung vom 31. Oktober 1935.⁷⁴

Ude hatte jedoch – auch wegen der weitgehenden medialen und vereinspolitischen Gleichschaltung – nur mehr ganz geringe Möglichkeiten, sich öffentlich zu artikulieren, weshalb kritische Äußerungen (Kritik am italienischen Faschismus, pazifistische Predigten) als Eskapaden erscheinen mußten. Man setzte Ude zwar weiterhin unter innerkirchlichen und ständestaatlichen Druck: So lehnte der der Kirche nahestehende Verlag Styria selbst die Publikation einer gesellschaftspolitisch wenig relevanten Arbeit über *Die christliche Mystik* ab, die erst 1938 mit dem Imprimatur des dortigen Ordinariats im Wiener Krystall-Verlag erschien.⁷⁵ Auch an ausländischen Zeitschriften – so dem durch das St. Galler Ordinariat als sektiererisch abgelehnten fundamentalchristlichen Organ *Jugend am Werk* – durfte Ude nicht mehr mitarbeiten.

⁷¹ Zugegeben wird, daß auch der Konflikt mit der kirchlichen Oberbehörde „irgendwie“ ausschlaggebend war, da sich Ude trotz Ermahnungen seiner Freunde nie von seiner Geisteshaltung abbringen ließ, um das Redeverbot aufzuheben. [O.V.], Professor Ude beurlaubt. In: Grazer Volksblatt (10. Mai 1934), 6.

⁷² Vgl. Willi Scharf, Des Professors Ude Persönlichkeit und Wirken (28. Feb. 1938). Typoskript. DAG, Personalakt Ude.

⁷³ MAXIMILIAN LIEBMANN (Ude, Prophet, wie Anm. 7, 64–71, 65) datiert den Beginn des Redeverbots fälschlich auf das Jahr 1928.

⁷⁴ Vgl. Bundesministerium für Unterricht, Brief an das Bischöfliche Ordinariat Graz (30. Sept. 1935); Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Brief an Johannes Ude (5. Okt. 1935): „Soeben habe ich vom Bundesministerium für Unterricht die Mitteilung erhalten, daß Ihre Wiederaktivierung wegen der finanziellen Schwierigkeiten nicht möglich sei. Das Bundesministerium ist aber bereit, Sie als Privatdozent wieder lesen zu lassen, wenn ich damit einverstanden sei.“ Alle DAG, Personalakt Ude.

⁷⁵ Johannes Ude beschwert sich über die ablehnende Stellung des Verlags auch anderen Publikationsprojekten gegenüber: Brief an Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (11. Okt. 1935). DAG, Personalakt Ude.

Doch vermied man weiteres Aufsehen, etwa durch eine neuerliche Verhängung eines Redeverbots, wie Pawlikowski am 21. Februar 1936 erklärte: „Ich habe einmal unseren Landeshauptmann um Rat gefragt und die Antwort erhalten, es stünde nicht dafür, sich um Ude viel zu bekümmern, weil sein Anhang nur mehr ein ganz geringer ist. Macht man behördlicherseits auf ihn aufmerksam, so fördert man nur seine Propaganda. Auch die Landesbehörden stehen absichtlich davon ab, an Ude ergangene Warnungen zu veröffentlichen.“⁶

Ude konnte sich im außeruniversitären Rahmen nur mehr über gelegentliche Predigten äußern, die im wesentlichen unter pazifistischem Vorzeichen standen. Seine Auftritte in der Wiener Peterskirche, die nach einem Bericht des Wiener Ordinariats von 1937 auch „in Kreisen kommunistischer Parteigänger“ empfohlen wurden, wandten sich auch tagespolitischen Fragen zu und attackierten etwa die kirchliche Politik im Spanischen Bürgerkrieg.⁷ Udes Versuche, in der Frage der Ablehnung der allgemeinen Wehrpflicht eine Wiederaufnahme seiner einstigen guten Beziehungen zu Rom zu erreichen, scheiterten trotz der Mittlerfunktion des Bundespräsidenten Wilhelm Miklas.⁸

Udes über nachdrückliche Aufforderung verfaßte öffentliche Befürwortung des „Anschlusses“ steht in Zusammenhang mit dem Versuch, Vertreter des steirischen Klerus zur Legitimation der Diktatur zu gewinnen,⁹ andererseits in zeitlichem Konnex mit der am 18. März 1938 erfolg-

⁶ Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Brief an Johannes Maria Gföllner (21. Feb. 1936). Vgl. ferner Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Brief an Theodor Innitzer (29. Okt. 1937). Alle DAG, Personalakt Ude.

⁷ Vgl. Bischöfliches Ordinariat Wien, Brief an das Bischöfliche Ordinariat Graz (15. Juni 1937). DAG, Personalakt Ude.

⁸ In einem Schreiben an Bundespräsidenten Wilhelm Miklas vom Herbst 1937 ersuchte er diesen, zur Frage der allgemeinen Wehrpflicht eine Entscheidung Roms zu erlangen. Miklas, der Udes Schreiben im Original dem zum Vatikan reisenden Kardinal Innitzer mitgab, erhielt im Jänner 1938 „von einem römischen Prälaten“ eine ablehnende Stellungnahme, in welcher die militärische Verteidigung als naturrechtliche Verpflichtung unterstrichen und Udes Programm als Förderung „vollständige[r] Dekadenz“ abgelehnt wurde. Wilhelm Miklas, Brief an Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (4. Feb. 1938). DAG, Personalakt Ude. Diese Auskunft, von Miklas an Pawlikowski weitergeleitet, dürfte Ude nicht zur Kenntnis gebracht worden sein.

⁹ Die entscheidende Textpassage lautete: „Insofern nun die nationalsozialistische Regierung für das Allgemeinwohl im Sinne sozialer Gerechtigkeit wirkt und die persönliche religiöse Überzeugung nicht antastet, sondern sie gewähren läßt, kann und werde ich und muß ich als Priester diese Regierung bejahen und ihr gegenüber meine staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen“. JOHANNES UDE, Das vierte, nationalsozialistische Österreich.

ten, am 27. März in den Kirchen verlesen und tags darauf veröffentlichten „Feierlichen Erklärung“ von sechs Erzbischöfen und Bischöfen, welche die Sozialpolitik der NS-Diktatur ebenso wie den Anschluß begrüßten.⁸⁰

Bereits ein halbes Jahr später reihte sich Ude unter die im Rahmen der österreichischen Kirche konsequentesten und fundiertesten Kritiker des Terrorstaates. Sein öffentlicher – auch in einer französischen Exilzeitschrift publizierter – Protest gegen die Ereignisse der „Reichskristallnacht“ vom 9./10. November 1938⁸¹, die Predigten in der Verbannung der Aussee Filiale Grundlsee, die konspirative Arbeit im Bekanntenkreis, schließlich die theoretische Kritik an der verbrecherischen nationalsozialistischen Ethik⁸² zeigen den Theologen an der Spitze des kirchlichen Widerstandsprofils.⁸³ Nach einer ersten Haft vom 3. September bis zum 28. Oktober 1939⁸⁴ wurde Ude – nach im Ordinariat eingelaufenen Protesten ortsan-

In: Grazer Volksblatt (27. März 1938), Morgenausgabe, 1f. Vgl. die analoge Position des Vordernberger Pfarrers Franz Auner: [O.V.], Herrliche Worte aus deutschem Priestermond. In: Grazer Volksblatt (25. März 1938), Morgenausgabe, 5. Ude fuhr am Tag des Anschlusses zu einer Vortragsreise nach Belgien und kehrte erst nach einiger Zeit nach Graz zurück. Er wurde daraufhin, wie er Jakob Sprenger brieflich mitteilte, zur Stellungnahme aufgefordert und hätte bei einer ablehnenden Position mit Repressalien rechnen müssen. Vgl. Jakob Sprenger, Brief an Gotthard Stieger (4. März 1942), I. SK. LIEBMANN, Ude, Prophet (wie Anm. 7) scheint in seinem harten Urteil über Ude den gesamtkirchlichen Konnex auszublenden.

⁸⁰ Vgl. WALTER SAUER, Österreichs Kirchen 1938–1945. In: EMMERICH TÁLOS u. a. (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945 (Wien 1988), 521.

⁸¹ Vgl. Johannes Ude, Brief an Sigfried Uiberreither vom 11. Nov. 1938. Abschrift eines Typoskripts. Archiv Friedens-Verlag Wessiak, Großmain; ferner LIEBMANN, Ude, Prophet (wie Anm. 7) 64–71, 69; HANS-JOACHIM WERNER, Geschichte der Freiwerftsbewegung. 100 Jahre Kampf für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus (Münster 1990), 93; zur Grazer Terrornacht STEFAN KARNER, Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung (Graz 1986), 171f.; zu Opferbilanz und Reaktionen der Bevölkerung vgl. NORBERT FEICHTENSCHLAGER, Der Novemberpogrom 1938 in Wien. In: Zeitgeschichte 21 (1994), 363–387.

⁸² Vgl. JOHANNES UDE, „Du sollst nicht töten!“, hg. Hanns Kobinger (Dornbirn 1948).

⁸³ So verteidigte ein Hirtenbrief der katholischen Bischöfe vom 27. Nov. 1941 zur Frage „Kirche und Bolschewismus“ den Angriff auf die Sowjetunion und lieferte nach SAUER damit „eine erstklassige Legitimationsgrundlage für den faschistischen Terror“: wie Anm. 80, 517–536., 529. Andererseits argumentiert STEFAN KARNER, daß insbesondere in der Steiermark die Beziehungen durch „Kirchenkampf“ und „erbitterte Gegnerschaft des steirischen Klerus“ gekennzeichnet waren (wie Anm. 81, 474f.).

⁸⁴ Vgl. Pfarramt Bad Aussee, Briefe an das Bischöfliche Ordinariat Graz (4. Sept. 1939) sowie (30. Okt. 1939). DAG, Personalakt Ude.

sässiger Kirchenmitglieder – eindringlich ermahnt, seine Predigten einzustellen.⁸⁵

Während des „Dritten Reichs“ konnte sich aufgrund des fehlenden (kultur)politischen Handlungsspielraums Udes keinerlei Konfrontation mit dem Ordinariat entfalten; die wenigen erhalten gebliebenen Briefdokumente verdeutlichen Höflichkeit und Akzeptanz.⁸⁶ Ab Ende August 1944 war Ude wegen seiner Predigten sowie nach Abfassung einer pazifistischen und antifaschistischen Schrift in Linz, dann in Wels inhaftiert, wurde gefoltert und stand am Rande des Todes. Von einer Intervention der Hierarchie für den Priester ist nichts bekannt; eine Anfrage der Linzer Diözese wurde seitens der GESTAPO mit dem lapidaren Hinweis beschieden, daß der Verhaftungsgrund nicht in der seelsorglichen, sondern der wissenschaftlichen Aktivität Udes liege.⁸⁷

Erneute Steigerung und Deeskalation des Konflikts (1945–1965)

Udes Aktivitäten der letzten beiden Lebensjahrzehnte, wesentlich durch Friedenspolitik und Abrüstungspropaganda gekennzeichnet, konnten sich zwar keiner generellen Unterstützung durch die Amtskirche erfreuen, doch schienen die hochgradigen Spannungen der zwanziger und dreißiger Jahre reduziert.

Ude, geschwächt und nahezu verhungert im April 1945 im Zuge des Zusammenbruchs der Diktatur in Freiheit gesetzt, strebte freilich vergeblich seine Wiederzulassung als Honorar- oder nur als Gastprofessor an der

⁸⁵ Vgl. Bischöfliches Ordinariat Graz, Brief an Johannes Ude (14. Dez. 1939). DAG. Ein Predigtverbot wolle man dagegen nicht aussprechen.

⁸⁶ Vgl. etwa Pawlikowskis Glückwunschsreiben zum 70. Geburtstags Udes (27. März 1944) und dessen Dankschreiben (4. April 1944). Alle: DAG, Personalakt Ude.

⁸⁷ Das Sekretariat der bischöflichen Klerusstellen in Wien erhielt seitens des Linzer Ordinariats am 28. August 1944 folgende Antwort auf eine die von Graz eingemahnte Anfrage: „Auf die Frage nach dem Grunde der Haft wurde mir gesagt, daß er nicht in seiner seelsorglichen Tätigkeit liege und in keinem Zusammenhang mit seinem priesterlichen Wirken stehe. Der Grund sei ganz persönlicher Natur, man könne sagen, er liege auf wissenschaftlichem Gebiet. Nähere Auskünfte wurden mir nicht erteilt. Ich konnte aber inzwischen in Erfahrung bringen, daß der Grund der Verhaftung eine Denkschrift bilde, in der Dr. Ude seine Gedanken über einen Weltfrieden nach diesem Kriege niedergelegt hat. [...] Franz Viehböck Generalsekretär.“ Sekretariat der bischöflichen Klerusstellen Wien, Brief an das Bischöfliche Ordinariat Graz (1. Sept. 1944). DAG, Personalakt Ude.

Grazer Universität an. Bischof Pawlikowski suchte, ihn auf die seelsorgerische Tätigkeit eines einflußlosen Landgeistlichen zu beschränken und ermahnte Ende 1945 zu „Mäßigung und Vorsicht“ bei etwaiger Vortrags-tätigkeit.⁸⁸ Als Seelsorger in Grundlsee schien Ude auch deshalb kaltgestellt, als er durch rigorose Kritik an den Verbrechen der Deutschen Wehrmacht den Unmut zahlreicher Gläubiger, insbesondere der Rückkehrer, erregte.⁸⁹

Insbesondere zur Friedens- und Freiwirtschaftsbewegung sowie zu früheren Mitstreitern aufgenommene Kontakte waren angesichts des langsamen Rekonstitutionstempos der Lebensreformbewegung auf ein schmales Akzeptanzfeld verwiesen. Diese Einschätzung bestätigt der unerwartet klägliche Ausgang einer Kandidatur zu den Bundespräsidentenwahlen vom 6. Mai 1951 (5.411 Stimmen), die Ude gegen das ausdrückliche politische Funktionsverbot ertrotzt hatte.⁹⁰ Pawlikowskis Antwort (vorübergehende Suspension) eröffnete eine bis 1953 währende Phase heftigerer Konflikte, die sich wesentlich um Udes Publikationen und Aktivitäten im Rahmen der Friedens-, sekundär auch der Freiwirtschaftsbewegung rankten. Dem Priester wurde in dieser Ära des Kalten Kriegs wiederholt – zu Unrecht – vorgeworfen, im Gegensatz zu kirchlichen Verboten mit Kommunisten zu kollaborieren und sich überdies „in die politischen Angelegenheiten anderer Länder“ einzumengen, weshalb eine Suspension von den kirchlichen Weihen angedroht wurde.⁹¹

⁸⁸ Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Brief an Johannes Ude (3. Nov. 1945). DAG, Personalakt Ude. Vgl. die kritische Darstellung seiner Tätigkeit bei Johannes Ude, Brief an Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (22. Okt. 1945). DAG, Personalakt Ude.

⁸⁹ Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Brief an Johannes Ude (31. Mai 1946). DAG, Personalakt Ude: „Davon will ich nicht sprechen, daß die Leute von Grundlsee sich wiederholt über Ihre Ansprachen beschwerten, insbesondere seitdem Sie es für vereinbar mit Ihrer Seelsorgsaufgabe hielten, die aus dem Kriege heimgekehrten Soldaten generell als Kriegsverbrecher zu bezeichnen.“

⁹⁰ Vgl. Proponentenkomitee „Dr. Johannes Ude“/Peter Marchl, Brief an das Bischöfliche Ordinariat Graz (20. Feb. 1951). DAG, Personalakt Ude, in dem die Erlaubnis der Kandidatur erbeten wird. Im Schreiben an Ude (8. März 1951) machte Pawlikowski die Unmöglichkeit einer Kandidatur deutlich und warnte vor einer Zersplitterung des katholischen Lagers. In seinem Antwortbrief vom 2. April 1951 bat Ude um eine Ausnahmegenehmigung, erklärte sich jedoch bereit, sich der Entscheidung des Bischofs zu fügen. Daraufhin erfolgt ein eindeutiges Verbot Ferdinand Stanislaus Pawlikowskis (Brief an Johannes Ude, 2. Mai 1951). Alle: DAG, Personalakt Ude.

⁹¹ „Wenn Sie nicht gewillt sind, den bischöflichen Anordnungen Folge zu leisten, wäre ich gezwungen, Sie a divinis zu suspendieren.“ Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Brief an Johannes Ude (5. Dez. 1952); vgl. dessen unbeantwortet gebliebenes Schreiben an Ude (17. Nov. 1952) und die Rechtfertigung des Priesters in seinem Brief an Ferdinand

Erst unter der neuen Ägide unter Bischof Dr. Josef V. Schoiswohl (1954–1968) deeskalierte der Konflikt. 1955 warnte Ude zwar die „katholischen Vertreter unserer Regierung“ davor, „mit der Aufstellung und Aufrüstung eines Bundesheeres“ häretische Positionen einzunehmen,⁹² doch reduzierte sich die Schärfe seiner pazifistisch motivierten Kirchenkritik in den Folgejahren beträchtlich. Erstmals unterstützte 1955 das Professorenkollegium der Theologischen Fakultät – wenn auch mit Vorbehalten – den seit dem Jahre 1947 lancierten Versuch, Ude für den *Friedensnobelpreis* zu nominieren.⁹³

Diese Abschwächung der innerkirchlichen Konfrontation hat mehrere Ursachen: Neben dem personellen Wechsel an der Spitze der Diözese spielten die Überwindung des Politischen Katholizismus und das Hervortreten der Friedens- und Abrüstungsthematik eine Rolle. In alter Manier machte Ude die innerkirchlichen Konfliktebenen in strittigen Fragen – etwa zum Thema der Abschaffung des Österreichischen Bundesheers – transparent zu machen und im Konflikt mit dem österreichischen Episkopat den Schulterschuß mit dem Vatikan zu suchen bzw. vorzutauschen.

Dazu bestand im Rahmen dieser Problematik zumindest partiell eine objektive Berechtigung. Ist zur Legitimation der Kriegsdienstverweigerung die Berufung auf die Päpste Leo XIII., Pius XI. und Benedikt XV. zumindest fraglich,⁹⁴ so wurde Udes Kritik an der atomaren Aufrüstung, die bereits Papst Pius XII. (1939–1958) anprangerte,⁹⁵ durch Rom geteilt.⁹⁶

Stanislaus Pawlikowski (10. Dez. 1952). Alle: DAG, Personalakt Ude. Vgl. ferner zur Abgrenzung Johannes Udes von den Positionen der KPÖ und der kommunistischen Instrumentalisierung der Friedensbewegung DERS., Ich – ein Kommunist? ([Grundlsee] 1952); DERS., Meine Botschaft an den Völkerkongreß für den Frieden in Wien (Dezember 1952) (Grundlsee 1952).

⁹² JOHANNES UDE, Wiener Staatsvertrag in christlicher Schau. In: Freisoziale Presse (3. Juni 1955), 5.

⁹³ Vgl. Schreiben des Dekans der Theologischen Fakultät (24. Feb. 1955), Universitätsarchiv Graz.

⁹⁴ Leo XIII. (1878–1903) identifizierte Friede mit dem Gehorsam gegenüber Gesetzen, die eine Frucht der Gerechtigkeit seien und wandte sich gegen die Ansicht, Frieden sei durch militärische Aufrüstung zu sichern. Pius X. (1903–1914) führte die Friedenspolitik von Leo XIII. weiter; Benedikt XV. (1914–1922) verwarf den Krieg in jeder Form und wies die Theorie des „gerechten Krieges“ als historisch überholt und theologisch unzulänglich zurück. Vgl. hiezu RONALD G. MUSTO, *The Catholic Peace Tradition* (Maryknoll/New York 1986), 170ff.

⁹⁵ Vgl. MUSTO (wie Anm. 94), 186.

⁹⁶ Vgl. etwa JOHANNES UDE, Atomare Götzendämmerung. Der Tag X. Metanoïte. Ein SOS-Ruf an die gesamte Menschheit (Grundlsee 1958).

Insbesondere für den Pontifikat Johannes' XXIII. (1958–1963) ist eine Forcierung der seit Leo XIII. eingeschlagenen pazifistischen Tendenz zu registrieren, wobei die Friedenstheologie, die – ähnlich wie in Udes Argumentation – auf Inhalten der Bergpredigt basiert, in einer verstärkten Friedenserziehung kulminierte.⁹⁷

Trotz der zunehmenden Deeskalation des Konflikts seit Mitte der fünfziger Jahre blieb die lebensreformerische Maximalposition Udes im kirchlichen Rahmen weiter isoliert. Zwar trafen 1960 zum Diamantenen Priesterjubiläum Ehrungen seitens des offiziellen Österreich – Grußbotschaften von Bundeskanzler Raab und Nationalratspräsident Figl, Ernennung zum Ehrenbürger der Gemeinde Grundlsee etc. – ein und war das Echo auf Udes letzten Geburtstag am 28. Februar 1964 beträchtlich.⁹⁸ Doch wird hier eher der Respekt vor der integren Persönlichkeit Udes als vor seinen ideologischen Positionen und seinem Lebenswerk bekundet. Udes Selbststilisierung als „Rufer in der Wüste“ in der Nachfolge Johannes des Täuflers (1961),⁹⁹ andererseits zunehmende kulturpessimistische Reflexe¹⁰⁰ könnten somit auch als Rekapitulation der Vergeblichkeit von Bemühungen zu lesen sein, seine Positionen im Rahmen jenes intellektuellen und institutionellen Bezugsmilieus zur Geltung zu bringen, zu dem er sein Leben lang konsequent gestanden hat.

⁹⁷ Die Enzyklika *Mater et Magistra* (1961) leitet den Frieden von der Schaffung sozialer Gerechtigkeit ab, die jedem Individuum überantwortet wird. In der Enzyklika *Pacem in Terris* (1963), welche die Notwendigkeit der Abrüstung und die Unzeitgemäßheit des Krieges im modernen Zeitalter behandelt, war der Papst sehr nahe an der generellen Ablehnung des Krieges. Vgl. hierzu auch MUSTO (wie Anm. 94), 187ff.

⁹⁸ Ude erhielt insgesamt 2.911 Glückwunschsreiben, 73 Zeitungsartikel waren ihm gewidmet. Vgl. Reformer-Zeitung 6 (1964), 1.

⁹⁹ JOHANNES UDE, Das Tier als Teil der Schöpfung (Grundlsee 1961), 31.

¹⁰⁰ So scheint Ude 1961 „die gesamte heutige Menschheit ist in ihrer Masse krank, krank an der Seele und krank am Leib infolge nicht naturgemäßer Lebensweise“. Er unterstreicht die zunehmende Degeneration der Zivilisation: „Die durch Fleisch und Alkohol und Tabak verseuchte Menschheit entfernt sich immer mehr von ihrem Gott und seinen Geboten“ (wie Anm. 99, 28).